

ADAC fordert Diesel-Nachrüstung

Leipzig. Nach dem Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts zu Diesel-Fahrverboten in deutschen Städten wächst der Druck auf die Autobranche, alte Fahrzeuge auf eigene Kosten technisch nachzurüsten. „Diese Nachrüstungen müssen die Autohersteller bezahlen – niemand sonst“, sagte Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt am Dienstag in Berlin. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Münsters Oberbürgermeister Markus Lewe, sieht ebenfalls die Konzerne in der Pflicht, das Problem zu hoher Stickoxid-Werte zu lösen. ADAC-Vizepräsident Ulrich Klaus Becker appellierte an die Hersteller, Diesel-Pkw auch ohne rechtliche Verpflichtung nachzurüsten und dies den Kunden nicht in Rechnung zu stellen. Bislang weigert sich die Branche, den Kunden entgegenzukommen.

Das Bundesverwaltungsgericht hatte am Dienstagmittag den Weg für Fahrverbote grundsätzlich frei gemacht. Die Städte Stuttgart und Düsseldorf müssen jetzt ihre Pläne zur Luftreinhaltung entsprechend überarbeiten. Lokale Fahrverbote könnten dann verhängt werden, wenn keine anderen Mittel mehr greifen. Vermutlich werden in näherer Zukunft auch andere Städte dazu verpflichtet, die Möglichkeit von Fahrverboten in ihre Planung aufzunehmen. In rund 70 deutschen Kommunen werden regelmäßig die zulässigen Stickoxid-Werte überschritten, darunter auch in Berlin, Frankfurt am Main, Köln und München.
